

Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG)

Bern, 30. September 2021

**Planungsbericht Gleichstellung 2022-2025
Vernehmlassung - Fragebogen**

1	Kann der Massnahmenplan zur Umsetzung der im Planungsbericht 2022-2025 definierten vier Handlungsfelder beitragen?
	Der Planungsbericht 2022-2025 umfasst folgende vier Handlungsfelder: <ol style="list-style-type: none">1. Förderung der wirtschaftlichen Autonomie2. Sensibilisierung und Information3. Signalwirkung der kantonalen Verwaltung4. Geschlechtsspezifische Gewalt
	<input type="checkbox"/> ja

x mehrheitlich ja,
aus folgenden Gründen:

Transgender Network Switzerland (TGNS), die Schweizer Organisation von und für trans Menschen, bedankt sich für die Einladung zu dieser Vernehmlassung. **Wir begrüßen den detaillierten Massnahmenplan und ganz besonders die Inkludierung von LGBTI-Personen in den Planungsbericht Gleichstellung ausserordentlich.** In unseren Rückmeldungen beschränken wir uns auf die Punkte, welche für LGBTI-Personen und besonders für trans Personen besonders relevant sind – ohne den weiteren Massnahmen die Relevanz abzusprechen.

Die **vier Handlungsfelder erscheinen uns sinnvoll**; für LGBTI-Personen besteht in sämtlichen Schwerpunkten grosser Handlungsbedarf. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass im Planungsbericht eine Analyse der spezifischen Situation und Bedürfnisse von LGBTI-Personen meist fehlt. So werden sie meist nur als Ergänzung genannt, dass auch sie von der Ungleichbehandlung/Diskriminierung betroffen seien. Auch ist für uns unverständlich, weshalb bei manchen Massnahmen LGBTI-Personen, oder spezifischer trans Personen oder Regenbogenfamilien, explizit genannt werden und andernorts nicht. Wir regen daher an, im Planungsbericht **LGBTI-Personen noch klarer durchgehend mitzudenken und Massnahmen bei Bedarf anzupassen.**

TGNS bedauert sehr, dass das binäre Geschlechtermodell (die Begrenzung auf Frau und Mann) im Planungsbericht und den Massnahmen grossmehrheitlich reproduziert wird. Dadurch werden **Menschen mit einer nicht binären Geschlechtsidentität – die Mehrheit aller trans Personen** – ausgeschlossen oder die Anwendung auf sie bleibt diffus. Dies erachten wir als unvereinbar mit dem parlamentarischen Auftrag, LGBTI-Menschen zu inkludieren. Entsprechend sind einerseits auf sprachlicher Ebene Formulierungen zu wählen, welche explizit alle Geschlechter miteinschliessen (z.B. «Schüler_innen» statt «Schülerinnen und Schüler»). Und andererseits die Massnahmeninhalte auch daran auszurichten, dass nicht binäre Menschen existieren und ganz besonders von Diskriminierung und Feindlichkeiten betroffen sind.

Der Planungsbericht verpasst leider auch die Chance, die **Herausforderungen intersektional zu betrachten und entsprechende Massnahmen vorzusehen.** Hier sollte man sich stärker am Grundlagenbericht der HSLU orientieren, der diese Perspektive einnimmt.

Generell erachten wir die differenzierte Kombination von Sensibilisierung / Schulung und klaren Vorgaben als sinnvoll, um Gleichstellung wirksamer zu bringen und Diskriminierung zu vermeiden.

	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
2	Handlungsfeld 1: Förderung der wirtschaftlichen Autonomie	
	<p>Sind die geplanten Massnahmen aus Ihrer Sicht geeignet, die Förderung der wirtschaftlichen Autonomie zu stärken?</p> <p>Für Vernehmlassungsadressaten der kantonalen Verwaltung: Geben Sie bitte an, mit welchen Kosten Sie die Umsetzung neuer Massnahmen in ihrem Departement veranschlagen.</p>	
	<input type="checkbox"/> ja	

	<p>x mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:</p>	<p>Die Massnahmen werden grundsätzlich begrüsst. Wir vermissen jedoch die geringe spezifische Berücksichtigung der Herausforderungen von LGBTI-Personen. Dies sollte durch ein Mainstreaming, den expliziten und bewussten Einbezug in allen Handlungsbereichen, verbessert werden. Auch das Fehlen von Massnahmen in den Bereichen Sozialhilfe, Asylfürsorge und Nothilfe ist aus unserer Sicht eine unverständliche Lücke. Denn trans Menschen sind aufgrund von Diskriminierung übermässig von Armut betroffen, oder aber auch als Geflüchtete vor trans-spezifischer Gewalt von dem hiesigen System abhängig.</p> <p>Zu 1.3</p> <p>TGNS führt seit mehreren Jahren das Projekt «Trans Welcome» durch zur Unterstützung von Arbeitgebenden und trans Menschen im Erwerbsleben. Der Erfolg des Projektes zeigt, dass zunehmend mehr Unternehmen inklusiv sein und sich das notwendige Wissen aneignen möchten. Jedoch sind die Ressourcen für dieses Projekt sehr gering, sodass viel Arbeit ehrenamtlich geleistet wird.</p> <p>Es wäre daher wünschenswert, wenn LGBTI-Themen, aber auch verschiedene Lebens- und Familienmodelle, im Austausch mit der Wirtschaft besprochen werden und spezifische Angebote finanziell gefördert werden.</p> <p>Zu 1.4</p> <p>Die spezielle Berücksichtigung von trans Personen begrüssen wir selbstverständlich ausserordentlich. Jedoch muss bedacht werden, dass dafür spezifisches Fachwissen in den Beratungsstellen erst aufgebaut werden muss und dafür die notwendigen Ressourcen vorgesehen werden müssen. Gerne bieten wir hierzu unsere Expertise an.</p> <p>Leitlinien zur Geschlechter- und LGBTI-Sensibilität wären ganz besonders im Bereich der Sozial- und der Nothilfe sehr wünschenswert. Denn die fehlende Sensibilität wirkt sich in diesen elementaren Bereichen besonders negativ aus. Unsere breite Beratungserfahrung zeigt, dass dies oft aus mehreren Gründen marginalisierte Personen betrifft (Intersektionalität) und dass es sowohl an Wissen wie auch an Vorgaben fehlt.</p> <p>Zu 1.7</p> <p>Kurse wie solche zu Lohnverhandlungen oder auch weitere Empowerment-Massnahmen sollten nicht nur für Frauen, sondern auch für andere marginalisierte, resp. auf dem Arbeitsmarkt diskriminierte Gruppen angeboten werden.</p>
--	--	---

	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	Welche neuen Massnahmen sind aus Ihrer Sicht prioritär? (maximal 3 Nennungen)	
3	Handlungsfeld 2: Sensibilisierung und Information	
	<p>Sind die geplanten Massnahmen aus Ihrer Sicht geeignet, die Sensibilisierung und Information von Fach- und Beratungspersonen zu Gleichstellungsthemen zu stärken?</p> <p>Für Vernehmlassungsadressaten der kantonalen Verwaltung: Geben Sie bitte an, mit welchen Kosten Sie die Umsetzung neuer Massnahmen in ihrem Departement veranschlagen.</p>	
	<input type="checkbox"/> ja	

x mehrheitlich ja,
aus folgenden Gründen:

Grundsätzlich begrüssen wir auch diesen Massnahmenanteil. Es ist sehr positiv, dass Regenbogenfamilien in mehreren Massnahmen explizit genannt werden. Jedoch fehlen spezifische Massnahmen für LGBTI-Jugendliche im auserschulischen Bereich komplett. Diese haben (auch neben der Schule) einen grossen Bedarf nach Unterstützung, Information und Austausch mit Peers, welche u.a. durch die Förderung von Angeboten der auserschulischen Jugendarbeit abgedeckt werden kann.

Zu 2.1

Die Massnahme ist noch sehr vage formuliert, eine weitere Konkretisierung wäre wünschenswert.

Für die rechtliche und tatsächliche Anerkennung und Gleichstellung von Regenbogenfamilien ist auch an **trans Eltern** zu denken. So müssen trans Eltern mit einer binären Geschlechtsidentität in allen Dokumenten die Möglichkeit haben, entsprechend ihrer Geschlechtsidentität bezeichnet zu werden, unabhängig ihrer biologischen Rolle bei der Entstehung des Kindes (= trans Männer als Vater, trans Frauen als Mutter). Da die Bezeichnungen «Mutter» respektive «Vater» für nicht binäre Menschen falsch und verletzend sind, müssen zudem überall geschlechtsneutral bezeichnete Elternpositionen (z.B. «Elter») gewählt werden können. Dies wirkte sich auch positiv auf gleichgeschlechtliche Eltern aus, was insbesondere für Frauenpaare mit Kindern wichtig ist (wir verweisen hierzu auf die Vernehmlassung der Lesbenorganisation Schweiz).

Zu 2.2, tlw. auch 2.3 und 2.4

Wir unterstützen Massnahmen zum Aufbrechen von Geschlechterstereotypen und zur Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen sehr. Damit die bestehenden Programme neuen Entwicklungen und Wissen gerecht werden können, müssen sie aber als Teil der Weiterführung kritisch überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden.

Zu 2.5

Die Sensibilisierung auf vielfältige Familienformen ist nicht ausreichend – es sollte auf alle Herausforderungen zu LGBTI-Personen sensibilisiert werden. **Insbesondere sind alle Fachpersonen, die (potentiell) mit minderjährigen trans Menschen befasst sind, obligatorisch und nach aktuellem Forschungsstand dazu auszubilden.** Denn in diesem Bereich zeigt sich sowohl besonders oft, dass das notwendige Wissen fehlt, als auch dass namentlich aufgrund von Fehlannahmen gegen das Kindeswohl gehandelt wird. So ist es im Kanton Luzern beispielsweise für **trans Schüler innen** höchst

	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	Welche neuen Massnahmen sind aus Ihrer Sicht prioritär? (maximal 3 Nennungen)	
4	Handlungsfeld 3: Signalwirkung der kantonalen Verwaltung	
	<p>Sind die geplanten Massnahmen aus Ihrer Sicht geeignet, eine Signalwirkung der kantonalen Verwaltung zur Förderung der Gleichstellung zu erreichen?</p> <p>Für Vernehmlassungsadressaten der kantonalen Verwaltung: Geben Sie bitte an, mit welchen Kosten Sie die Umsetzung neuer Massnahmen in ihrem Departement veranschlagen.</p>	
	<input type="checkbox"/> ja	

	<p>x mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:</p>	<p>Durch dieses Handlungsfeld nimmt der Kanton Luzern seine Verantwortung als Vorbild wahr, was sehr begrüsst wird. Die Massnahmen scheinen sehr konkret und somit gut umsetzbar, und das klare Commitment zu geschlechterunabhängigen Lösungen (z.B. bei Urlaubsregelungen) ist lobenswert. Es ist jedoch notwendig, dass sich tatsächlich alle Departemente aktiv beteiligen und das Mainstreaming vorantreiben.</p> <p>Zu 3.3 und 3.7, tlw. zu 3.19</p> <p>Bei der Schulung/Sensibilisierung im Bereich LGBTI sollte wiederum mit Expert*innen der LGBTI-Organisationen zusammengearbeitet werden, da sie das dafür notwendige Fachwissen mitbringen.</p> <p>Voraussichtlich ab 1. Januar 2022 werden die Zivilstandsämter als ganz neue Aufgabe die Erklärungen über die Änderung des Geschlechtseintrags entgegennehmen. Damit sind sie erstmals für spezifische Zivilstandsergebnisse von trans Menschen zuständig. Auf diese neue Aufgabe müssen alle Mitarbeitenden, die solche Erklärungen entgegennehmen, dringend spezifisch geschult werden.</p> <p>Zu 3.4</p> <p>Wir gehen davon aus, dass unter einer geschlechtergerechten Kommunikation eine explizit auch nicht binäre Identitäten sowie andere LGBTI-Menschen sichtbar machende Kommunikation verstanden wird.</p> <p>Zu 3.6</p> <p>Die Verankerung im Personalgesetz ist wichtig, jedoch nicht ausreichend. Zusätzlich sollten klare Vorgaben und Richtlinien auch für weitere kantonale Leistungserbringer, wie z.B. Polizei, Schule oder Asylwesen erarbeitet werden.</p> <p>Zu 3.7</p> <p>Die thematische Ausweitung des Mandats der Beratungsstellen begrüssen wir. Unklar bleibt damit jedoch, ob sich Betroffene von LGBTI-Feindlichkeit ebenfalls an eine thematisch spezialisierte kantonale Beschwerde- und Unterstützungsstelle wenden können.</p> <p>Über den gesamten Massnahmenkatalog gegen Diskriminierung in der Verwaltung als Arbeitsort fehlt die Verbindlichkeit, bspw. dass Führungskräfte Weiterbildungen zu Gleichstellung besuchen müssen.</p>
--	--	---

	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	Welche neuen Massnahmen sind aus Ihrer Sicht prioritär? (maximal 3 Nennungen)	
5	Handlungsfeld 4: Geschlechtsspezifische Gewalt	
	<p>Sind die geplanten Massnahmen aus Ihrer Sicht geeignet, einen Beitrag zur Verminderung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu leisten?</p> <p>Für Vernehmlassungsadressaten der kantonalen Verwaltung: Geben Sie bitte an, mit welchen Kosten Sie die Umsetzung neuer Massnahmen in ihrem Departement veranschlagen.</p>	
	<input type="checkbox"/> ja	

	<p>x mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:</p>	<p>Leider werden viele LGBTI-Personen Opfer von LGBTI-feindlicher Gewalt und trans Personen scheinen, so die Erfahrungen unserer Beratungsstellen, besonders stark davon betroffen zu sein. Aus diesem Grund begrüßen wir auch das spezifische Handlungsfeld explizit. Für die Umsetzung der Massnahmen wird auch hier der Einbezug von Expert_innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen wie TGNS relevant sein. Generell ist uns wichtig zu betonen, dass die Sensibilisierung und Schulung aller Strafverfolgungsbehörden zu LGBTI-Themen unabdingbare Voraussetzung ist, damit diese ihren Aufgaben gegenüber LGBTI-Menschen tatsächlich nachkommen können.</p> <p>Zu 4.2</p> <p>Es ist wichtig, dass auch für LGBTI-Personen, die von Gewalt betroffen sind, alle Angebote diskriminierungsfrei zugänglich sind (gemäss §4 der IK). Dazu können bestehende Angebote (z.B. Opferhilfestellen) zu LGBTI-Themen sensibilisiert werden, damit sie auch diesen Gruppen tatsächlich gerecht werden können, und mit Angebotserweiterungen heute bestehende Angebotslücken (z.B. Schutzunterkünfte für trans Menschen) geschlossen werden.</p> <p>Organisationen wie unsere bieten verschiedene Beratungs- und Anlaufsstellen – eine Unterstützung dieser Angebote mittels Leistungsauftrag würde sich anbieten.</p> <p>Zu 4.3</p> <p>Die Schulungen sollten wiederum durch Expert*innen der LGBTI-Organisationen übernommen werden.</p> <p>Zu 4.7</p> <p>Dies ist ein wichtiges Anliegen der LGBTI-Organisationen und wir begrüßen diese Massnahme sehr. Es wäre zusätzlich wünschenswert, wenn sich der Kanton Luzern für eine nationale Lösung/Erfassung einsetzt, damit die Daten systematisch gesamtschweizerisch und vergleichbar erhoben werden, so, dass nebst kantonalen auch nationale Auswertungen möglich werden.</p> <p>Zu 4.8</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass sich die Sensibilisierung auch auf LGBTI-Feindlichkeit bezieht.</p>
--	--	---

	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	Welche neuen Massnahmen sind aus Ihrer Sicht prioritär? (maximal 3 Nennungen)	
6	Haben Sie weitere Bemerkungen?	
	<input type="checkbox"/> nein	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	x ja, nämlich	<p>Wir haben uns bei den obenstehenden Kommentaren hauptsächlich auf die vorliegenden Massnahmen beschränkt. Natürlich gäbe es noch viel mehr Massnahmen, welche für die Gleichstellung von LGBTI-Personen wichtig wären.</p> <p>Insbesondere fehlen uns Massnahmen im Bereich diskriminierungsfreier Infrastruktur für nicht binäre Menschen, wie beispielsweise unisex sanitäre Anlagen und Garderoben in öffentlichen Gebäuden, namentlich Ausbildungsstätten, Sportanlagen, etc. Dass der Kanton Luzern die Möglichkeit dazu für das Gastgewerbe bereits im Jahr 2018 gesetzlich verankerte, begrüssen wir sehr.</p> <p>Auch die Aufnahme von Massnahmen zum Schutz von Asylsuchenden in den Planungsbericht würden wir sehr begrüssen. Denn unsere Erfahrung zeigt, dass trans Menschen im Asylsystem so sehr unter Gewalt, Einsamkeit und Prekarisierung leiden, so, dass ihre Gesundheit dadurch regelmässig Schaden nimmt. Gleichzeitig ist ihr Zugang zu notwendiger spezifischer / fachkompetenter Gesundheitsversorgung, zu Schutz und Unterstützung nicht gesichert.</p> <p>Wir geben daher unserer Hoffnung Ausdruck, dass diese Massnahmen in der Zukunft im Kanton Luzern ebenfalls angegangen werden.</p> <p>Abschliessend möchten wir festhalten, dass wir trotz der obengenannten Kritikpunkte sehr erfreut sind über diesen guten Planungsbericht. Namentlich auch dass der Planungsbericht bereits die eigene Evaluation und Weiterentwicklung über das Jahr 2025 hinaus einbedenkt, erfreut uns. Wir hoffen, dass sich eine gute Zusammenarbeit zwischen den LGBTI-Organisationen und dem Kanton Luzern entwickelt und unterstützen sehr gerne die Umsetzung der Massnahmen mit unserem Know-How, Erfahrungen und Netzwerk.</p>